

# Freiheit und Frieden, aber für wen?

Konflikte um Antikolonialismus und Pazifismus  
in der WILPF von 1915 bis 1937

*Fynn Tielsch*  
*Universität Bremen*

## Einleitung

Am 15. Juni 1926 präsentierte die *Commission on colonial and economic Imperialism* dem fünften Kongress der *Women's international League for peace and freedom* (WILPF) ihren Abschlussbericht. Andrée Jouve, Vertreterin der Kommission, erklärte: „Our League has always centered its efforts on the point that was of the greatest danger to the peace of the world. We ought, therefore, to study the colonial question in its present form and to take a stand on the question as we did on the war [...]“. <sup>1</sup> Jouve bestimmte den Kolonialismus und Nationalismus als zentrale Ursachen des Ersten Weltkriegs und Auslöser für zukünftige Kriege. Daher argumentierte sie, dass der Kolonialismus abzulehnen sei, und die Menschen, die unter kolonialer Herrschaft lebten, sollten ihre Selbstbestimmung erhalten. <sup>2</sup>

Nach Jouve war die Selbstbestimmung jedoch nicht für alle Kolonien vorgesehen: Sie kategorisierte die Kolonien nach ‚Zivilisationsstufen‘ und urteilte demnach, ob eine Kolonie sich selbst regieren sollte oder nicht. <sup>3</sup> Nach ihrer Auffassung hätten Kolonien „where white colonists clearly dominate“ wie die USA, Kanada und Australien ein Recht auf Selbstbestimmung. Kolonien „where the native races are strong and numerous and have already reached a high degree of civilization“ wie Indien und „Dutch Indies“ sollten zukünftig ebenfalls in die Selbstbestimmung überlassen werden. In Kolonien „where the native races

<sup>1</sup> Women's International League for Peace and Freedom. „Report of the Fifth Congress of The Women's International League for Peace and Freedom“, Dublin 1926, 80.

<sup>2</sup> Ebd., 79–81.

<sup>3</sup> Jouve sprach von „Different Kinds of Colonies“, und definierte diese hauptsächlich mit deren angeblichen ‚Zivilisation‘. Ebd., 82.

are plainly in a state of inferior civilization“ müsste die koloniale Herrschaft fortbestehen, so der Abschlussbericht der *Commission*.<sup>4</sup>

Diese Auffassung war in der WILPF umstritten: Denn einerseits forderte die WILPF als pazifistische Organisation „Frieden und Freiheit“ für alle Menschen,<sup>5</sup> andererseits befürworteten die meisten Mitglieder der WILPF 1926 die Hierarchisierung von ‚Rassen‘ nach ‚Zivilisationsstufen‘ und rechtfertigten damit den Kolonialismus. Jouve vertrat somit die offizielle Position der WILPF, das wirft die Frage auf, inwiefern dieser Widerspruch mit den Grundsätzen von „Frieden und Freiheit“ vereinbar war. Dieser Konflikt war 1926 unter den Mitgliedern nicht neu. Vielmehr war der Widerspruch einer pazifistischen Politik ohne einen antikolonialen Standpunkt stets ein Streitthema seit den Anfangsjahren der WILPF gewesen.

Die Forschungsliteratur legt den Schwerpunkt meist auf die pazifistische Arbeit der WILPF.<sup>6</sup> Kolonialpolitische Standpunkte werden selten behandelt und wenn überhaupt, dann werden sie separat von den pazifistischen Argumentationen untersucht.<sup>7</sup> Der vorliegende Artikel geht daher von der Grundannahme aus, dass die pazifistische und antikoloniale Politik der WILPF infolge ihres Konflikts wechselseitig abhängig waren. Die Perspektive soll eröffnet werden, dass eine Positionierung zum Pazifismus zwangsläufig zu einer Positionierung zum Kolonialismus führte. Besonders wenn die WILPF sich selbst als „international“<sup>8</sup> verstand und ihr Ideal „Freiheit und Frieden“ für alle Menschen erreichen wollte. Daher müssen beide Linien im Zusammenhang und als Entwicklung betrachtet werden. Die Auseinandersetzung um Pazifismus und Antikolonialismus war für die

<sup>4</sup> Report of the Fifth Congress 1926, 82–83.

<sup>5</sup> „Frieden und Freiheit“ ist Teil des deutschen Namens der WILPF: Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) und wird ab hier als Übersetzung genutzt; Spätestens 1926 wurde die Bekämpfung der Unterdrückung aufgrund von „sex, race, class or creed“ beschlossen, siehe Report of the Fifth Congress 1926, 184.; Während bereits 1915 und 1919 Maßnahmen zur Gleichbehandlung unabhängig von Geschlecht und ‚Rasse‘ verabschiedet wurden, siehe Internationales Frauenkomitee für Dauernden Frieden. Internationaler Frauenkongress, Bericht-Rapport-Report, Haag, 21. April – 1. Mai 1915. [<https://archive.org/details/berichtrapportre45wome/page/n9/mode/2up>, letzter Zugriff: 30. August 2025], 44.; Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW Kiel), Signatur X 3402 1919, „Bericht des Internationalen Frauenkongresses, Zürich 1919“, 357.

<sup>6</sup> Die Arbeiten legten ihren Fokus auf Organisationsgeschichte und die pazifistische Arbeit der WILPF: Wilmers, Annika. *Pazifismus in der internationalen Frauenbewegung*. Essen: Klartext, 2008; Hering, Sabine/ Wenzel, Cornelia. *Frauen riefen, aber man hörte sie nicht: die Rolle der deutschen Frauen in der internationalen Frauenfriedensbewegung zwischen 1892 und 1933*. Archiv der deutschen Frauenbewegung, 1986; Rupp, Leila J. *Worlds of Women: The Making of an International Women's Movement*. Princeton, NJ: Princeton University Press, 2020; Sandell, Marie. *The Rise of Women's Transnational Activism: Identity and Sisterhood Between the World Wars*. London: I.B. Tauris, 2015.

<sup>7</sup> Die Forschung betrachtet die Imperialismus- und Kolonialismuskritik als Nebenthema oder untersucht sie getrennt von den pazifistischen Argumentationen: Hellowell, Sarah. „Feminism, Pacifism and Internationalism: The Women's International League, 1915–1935“ PhD Diss. Newcastle: Northumbria University Press, 2017; Jerónimo, Miguel Bandeira. „Imperial Internationalisms‘ in the 1920s: The Shaping of Colonial Affairs at the League of Nations“. *The Journal of Imperial and Commonwealth History* 48, 5 (2020): 866–891.

<sup>8</sup> Für eine genauere Auseinandersetzung mit der Bezeichnung „international“ siehe die Erläuterung auf der nächsten Seite.

politische Ausrichtung der WILPF im Zeitraum von 1915 bis 1937 von entscheidender Rolle, so die Hypothese.

Der Artikel untersucht, wie die WILPF aus ihrer pazifistischen Perspektive gegen oder für den Kolonialismus argumentierte. Die Analyse wird vor allem den Wandel und die Kontinuitäten in den Argumenten rekonstruieren. Zudem wird die Frage zu klären sein, welche Akteurinnen innerhalb der Organisation die Debatten führten und wer neue Sichtweisen einbrachte. Ebenso wird gefragt, welche Akteure, Ereignisse und historische Entwicklungen von außerhalb auf den Konflikt Einfluss nahmen. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von 1915 bis 1937. Er beginnt mit dem ersten Kongress der WILPF im Jahr 1915 und endet 1937 mit dem neunten Kongress, der eine intensive Debatte über den Kolonialismus und eine Neuausrichtung der Organisation hervorbrachte. Zudem war es der letzte Kongress vor dem Zweiten Weltkrieg, und nach dem Krieg erhielt die WILPF einen beratenden Sitz in der UNO.<sup>9</sup>

### *Organisation und Mitglieder der WILPF*

Im April 1915 fand der erste Kongress in Den Haag statt und das „Internationale Frauenkomitee für Dauernden Frieden“ wurde informell als Organisation gegründet.<sup>10</sup> Eine offizielle Gründung wurde zunächst ausgeschlossen, da die berechtigte Befürchtung im Raum stand, die Nationalstaaten könnten die Arbeit der Organisation so leichter unterdrücken.<sup>11</sup> Erst 1919 auf dem zweiten Kongress in Zürich wurde die *Women's International League for Peace and Freedom* gegründet.<sup>12</sup>

Die WILPF war ihrer Struktur nach eine transnationale Organisation, denn sie bestand aus nationalen Sektionen, die sich selbst verwalteten und relativ unabhängig eigene Projekte ausarbeiteten. Zudem handelte die WILPF als nicht-staatliche Organisation unabhängig von staatlichen Institutionen über nationale Grenzen hinweg. Die nationalen Sektionen kamen meist dreijährlich zu ‚internationalen Kongressen‘ zusammen.<sup>13</sup> Neben den Sektionen wurde ein internationales Exekutivkomitee gegründet, welches neben der Präsidentin weitere neun Personen umfasste. Das Komitee sollte mindestens einmal im Jahr tagen und bei Bedarf dringende Beschlüsse fassen. Die Präsidentin sowie das Komitee wurden auf den Kongressen gewählt. Zu den internationalen Kongressen kamen Vertreterinnen aus den nationalen Sektionen zusammen und legten gemeinsame politische Positionen fest. Wiederkehrende Themen waren die weltweite Abrüstung, die Gleichberechtigung der Frau in der Wirtschaft und im Sozialen, die gewaltlose Schlichtung von internationalen

<sup>9</sup> Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit Deutschland. „Geschichte“. [<https://www.wilpf.de/ueber-uns/geschichte/>, letzter Zugriff: 30. August 2025].

<sup>10</sup> Wilmers 2008, 12.; Internationales Frauenkomitee für Dauernden Frieden 1915, 54.

<sup>11</sup> Hering/Wenzel 1986, 8, 21.; Wilmers 2008, 69.

<sup>12</sup> Detaillierter bei Wilmers 2008, 12–13; 36f.

<sup>13</sup> Für die Definition von ‚transnational‘ wurde sich an Sandell orientiert, Sandell 2015, 4–5; Die Bezeichnung ‚international‘ oder ‚internationaler Kongress‘ ist eine Selbstbezeichnung der WILPF.

Konflikten, antimilitaristische Erziehung<sup>14</sup> und das Ende von Unterdrückung jedes Menschen unabhängig von „sex, race, class or creed“.<sup>15</sup> Die ausgearbeiteten Forderungen wurden auf den Kongressen in Resolutionen verfasst und den nationalen Sektionen als Vorlage für ihre Arbeit nahegelegt.<sup>16</sup> Die nationalen Sektionen setzten sich ausschließlich aus Frauen zusammen. Bis 1929 durften sich die nationalen Sektionen in jeder „Nation, free or subject, and every self-governing Dominion“ sowie innerhalb von Minderheiten in einem Land bilden.<sup>17</sup> Auf dem siebten Kongress 1929 erweiterte die WILPF das Gründungsrecht einer nationalen Sektion für jede Kolonie.<sup>18</sup> Zuvor konnten Frauen aus Kolonien nur als einzelne Besucherin teilnehmen.

Die WILPF entstand überwiegend aus Mitgliedern der Frauenwahlrechtsorganisation *International Council of Woman* (ICW) und *International Woman Suffrage Alliance* (IWSA). Da beide Organisationen mit Beginn des Ersten Weltkrieges ihre Tätigkeiten niederlegten und sich teilweise der Kriegshilfe zuwandten, spaltete sich ein Teil von Pazifistinnen ab, die ihre pazifistische Politik nicht mehr vertreten sahen.<sup>19</sup> In der WILPF fanden sich daher Frauen zusammen, die Pazifismus als zentrales politisches Anliegen betrachteten. Diese gemeinsame Haltung ermöglichte eine Vielfalt an politischen Hintergründen der Mitglieder: Zwar war die WILPF überwiegend bürgerlich-liberal geprägt, doch gab es mehrere Mitglieder, auch im internationalen Exekutivkomitee, die sich selbst als Sozialistinnen bezeichneten, darunter Anita Augspurg, Emily Greene Balch, Linda Gustava Heymann, Gertrud Baer, Camille Drevet und Zofia Daszynska-Golinska.<sup>20</sup> Zudem äußerte Aletta Jacobs 1919 in ihrer Funktion als Sekretärin der WILPF, dass es sehr wahrscheinlich sei, dass „a large part of the membership of this [second] congress belong to the Social Democratic or Communist party.“<sup>21</sup> Ab dem zweiten Kongress 1919 und den folgenden 20er Jahren nahm jedoch die Zahl der kommunistischen und sozialistischen Frauen in der WILPF ab, da sich das generelle Auseinanderbewegen zwischen den kommunistischen und bürgerlichen Kreisen beschleunigte und kommunistische Frauen zunehmend ausgeschlossen wurden. Einige sozialistisch orientierte Frauen blieben jedoch in der WILPF, und besonders die nationalen Sektionen in Deutschland, Österreich, Italien und England wurden von ihren Positionen maßgeblich beeinflusst.<sup>22</sup>

<sup>14</sup> Hering/Wenzel 1986.

<sup>15</sup> Report of the Fifth Congress 1926, 184.

<sup>16</sup> Sandell 2015, 4.

<sup>17</sup> Report of the Fifth Congress 1926, 184.

<sup>18</sup> Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW Kiel), Signatur X 3402 7. 1929, „Report Of The Sixth Congress Of The Women`s International League For Peace And Freedom, Prague 1929“, 170; und Rupp 1996, 113.

<sup>19</sup> Wilmers 2008, 12–13.

<sup>20</sup> Beers, Laura. „Bridging the Ideological Divide: Liberal and Socialist Collaboration in the Women’s International League for Peace and Freedom, 1919–1945“. *Journal of Women’s History* 33, 2 (2021): 111–135, hier 123.

<sup>21</sup> Rupp 1996, 31.

<sup>22</sup> Detailliertere Angaben zu Verbindungen mit sozialistischen und kommunistischen Organisationen und Mitgliedern bei Wilmers 2008, 71–72.; Beers, 2021, 114–116, 122.; Hellowell 2017, 65,

Die Mitglieder kamen hauptsächlich aus europäischen und nordamerikanischen Nationen, was sich an den Kongressstandorten widerspiegelt, denn alle fanden in Europa und den USA statt. Die offiziellen Arbeitssprachen waren Englisch, Deutsch und Französisch. Die Historikerinnen Leila J. Rupp und Marie Sandell argumentieren, dass Frauen aus Nordeuropa und Nordamerika die Mitgliedschaft und Führungsrollen überproportional besetzten, da die Teilnahme an Kongressen und Sitzungen erhebliche Reisekosten verursachten und somit vor allem finanziell unabhängigen Frauen offenstand. Außerdem verschafften die drei europäischen Sprachen Muttersprachlerinnen einen Vorteil. Ausgeschlossen waren die Frauen, denen die finanziellen Mittel oder die Zeit fehlten und keine der Arbeitssprachen beherrschten.<sup>23</sup>

Dennoch bemühte sich die WILPF ihrem Anspruch auf ‚Internationalität‘ gerecht zu werden und unternahm ‚Missionen‘ 1927 nach China,<sup>24</sup> 1925/26 nach Haiti und 1934–36 nach Südamerika, um neue nationale Sektionen zu gründen und den Austausch aufrechtzuerhalten.<sup>25</sup> Das Wort ‚Mission‘ trägt dabei einen religiösen und kolonialistischen Unterton, der die überhebliche Perspektive der europäischen und nordamerikanischen Frauen dokumentiert.<sup>26</sup>

Frauen aus nicht-europäischen Ländern, die ihre Nation auf dem Kongress vertraten, waren meist Studentinnen, die in Europa oder den USA lebten oder bereits bekannte Frauen aus nationalen Bewegungen waren und darum eine Einladung erhielten.<sup>27</sup> Ab 1924 entstanden zunehmend nicht-europäische nationale Sektionen, darunter China, Haiti und Japan.<sup>28</sup> Ab den 30er Jahren folgten Tunis und Ägypten.<sup>29</sup> Im Jahr 1937 bestand Kontakt zu 37 Nationen, größtenteils in Europa, Nordamerika und Asien, aber auch einigen afrikanischen und südamerikanischen Nationen.<sup>30</sup>

270–280; Suriano, Maria Grazia. „War, Peace, and Suffrage: The First Italian Section of the Women’s International League for Peace and Freedom”, in: *Living War, Thinking Peace (1914–1924): Women’s Experiences, Feminist Thought, and International Relations*, ed. Bianchi, Bruna, und Geraldine Ludbrook, 190–203. Cambridge: Cambridge Scholars Publishing, 2016.

<sup>23</sup> Sandell 2015.; Rupp, Leila J. „Zur Organisationsgeschichte der internationalen Frauenbewegung vor dem Zweiten Weltkrieg“. *Feministische Studien* 12, 2 (1994): 53–65.

<sup>24</sup> Rupp, Leila J. „Challenging Imperialism in International Women’s Organizations, 1888–1945“. *National Women’s Studies Association Journal* 8, 1 (1996): 8–27, hier 11.

<sup>25</sup> Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW Kiel), Signatur X 3402 7. 1932, „Report Of The Seventh Congress Of The Women’s International League For Peace And Freedom, Grenoble 1932“, 101–102.

<sup>26</sup> Sandell 2015, 231.

<sup>27</sup> Rupp 1996, 11.

<sup>28</sup> Report of the fourth congress of the Women's international league for peace and freedom, Washington, May 1 to 7, 1924, viii [https://archive.org/details/reportoffourthco24wome/page/n5/mode/2up., letzter Zugriff: 30. August 2025].

<sup>29</sup> Rupp 2020, 18.

<sup>30</sup> Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW Kiel), Signatur X 3402 9. 1937, „Report Of The Ninth Congress Of The Women’s International League For Peace And Freedom, Luhacovice 1937“, 101–102.

## Quellen

Als Quellen werden die Berichte der internationalen Kongresse der WILPF sowie die *Pax International*, die internationale Zeitschrift der WILPF verwendet. Die Kongresse fanden unregelmäßig im Zeitraum von 1915 bis 1937 neunmal statt und wurden mit Ausnahme von Washington DC immer in europäischen Städten ausgetragen.<sup>31</sup> Die Berichte erschienen auf den ersten drei Kongressen in mehrsprachigen Ausgaben auf Englisch, Deutsch und Französisch.<sup>32</sup> Ab 1924 wurden die Berichte einsprachig in drei Versionen veröffentlicht. Die Zeitschrift *Pax international* wurde monatlich auf Englisch, Französisch und Deutsch veröffentlicht. Sie war das Kommunikationsorgan der WILPF und diente zum Austausch zwischen den Kongressen.<sup>33</sup> Zu diesem Zweck konnten Mitglieder Berichte über ihre nationale Sektion und Artikel über ihre Anliegen in der Zeitschrift veröffentlichen. Die Zeitschriften wurden an die nationalen Sektionen sowie an Interessierte, die ein Abo bezahlten, versandt.<sup>34</sup>

Methodisch wird der Konflikt zwischen Antikolonialismus und Pazifismus mit einer qualitativen Inhaltsanalyse der zugrundeliegenden Quellen und einer Literatursynthese der wissenschaftlichen Arbeiten zur Netzwerkanalyse<sup>35</sup> und der Politik<sup>36</sup> der WILPF rekonstruiert und kontextualisiert. Für die Rekonstruktion ist es außerdem entscheidend, zu analysieren, wie die WILPF die Konzepte ‚Zivilisation‘ und ‚Rasse‘ konstruierte. Denn das Einteilen von Menschen in ‚Rassen‘ und ‚Zivilisationsstufen‘ war entscheidend und zugleich ein umstrittener Bestandteil in den Argumentationen um den Kolonialismus. Jane Addams, die Präsidentin der WILPF und Friedensnobelpreisträgerin von 1931,<sup>37</sup> erklärte auf dem ersten Kongress 1915 auf Nachfrage: „[...] the term ‚backward peoples‘ applies to savage nations, such as the Congo and other places where civilisation is not established. It cannot apply to a European nation“.<sup>38</sup> Das Konstrukt von der ‚zivilisierten Welt‘ und den ‚Anderen‘ zog sich durch den gesamten Untersuchungszeitraum. Die Vorstellung von ‚Zivilisationsstufen‘ wurde in Verbindung mit ‚Rassen‘ und somit in eine Hierarchie gebracht.

Diese Vorstellungen waren in transnationalen Organisationen Anfang des 20. Jahrhunderts generell verbreitet. Auf Mitgliederebene führten sie dazu, dass die europäischen und

<sup>31</sup> Rupp 1996, 10.

<sup>32</sup> Die Sprachen wurden durch die Geschäftsordnung festgelegt, WILPF, Bericht des [zweiten] Internationalen Frauenkongresses, Zürich 1919, in: Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW Kiel), Signatur X 3402 1919, „Bericht des Internationalen Frauenkongresses, Zürich 1919“, 36.

<sup>33</sup> Sandell 2015, 53.

<sup>34</sup> Hellowell 2017, 201.

<sup>35</sup> Beers 2021, 111–135.; und Arbeiten, die sich mehr den Strukturen der Organisationen zuwandten wie: Rupp 1994, 53–65.; Sandell 2015.

<sup>36</sup> Hellowell 2017.; Rupp 1996, 8–20.; Wilmers 2008; Hering/Wenzel 1986; Blackwell, Joyce. *No Peace Without Freedom: Race and The Women's International League For Peace and Freedom 1915–1975*. Carbondale, Southern Illinois University Press, 2004.; Rupp 2020.

<sup>37</sup> The Nobel Prize. “The Nobel Peace Prize 1931” [<https://www.nobelprize.org/prizes/peace/1931/summary/>], letzter Zugriff: 30. August 2025].

<sup>38</sup> Internationales Frauenkomitee für Dauernden Frieden 1915, 143.

nordamerikanischen Mitglieder die Emanzipation der nicht-europäischen und nicht-nordamerikanischen Frauen in den Organisationen und darüber hinaus nicht anerkannten. Dies hatte zwei Folgen: Zum einen wurden nicht-europäische Frauen von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, zum anderen erfuhren sie eine Bevormundung durch europäische und nordamerikanische Mitglieder.<sup>39</sup> Diese Überheblichkeit ging mit der Vorstellung eines ‚unzivilisierten Ostens‘ einher, dem geholfen werden müsste. Rupp argumentiert, dass in transnationalen Organisationen die Vorstellung vorherrschte, dass die Welt in eine ‚westliche‘ und ‚östliche‘ Welt einzuteilen wäre. Dabei wären Nordamerika und Nordwesteuropa die ‚zivilisiertesten‘ Teile, darauf würden Süd- und Osteuropa folgen und auf der untersten ‚Zivilisationsstufe‘ würden Südamerika, Afrika und Asien stehen.<sup>40</sup> ‚Östlich‘ und ‚westlich‘ wären dabei nicht auf den geografischen Raum bezogen, sondern auf die Vorstellung von ‚Zivilisation‘ und ‚Kultur‘: Demnach verstand die WILPF Neuseeland und Australien als ‚westlich‘.<sup>41</sup>

Im weiteren Verlauf untersucht der Artikel den Konflikt zwischen Pazifismus und Antikolonialismus in drei Kapiteln. Das erste Kapitel analysiert die Debatten um das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf den ersten Kongressen der WILPF und die Rolle des Völkerbundes. Das zweite Kapitel betrachtet den Einfluss neuer Interpretationen des Ersten Weltkrieges Mitte der 20er Jahre. Schließlich zeigt das dritte Kapitel, wie der Faschismus die WILPF in ihrer bisherigen Position zum Kolonialismus herausforderte.

### **Das Recht auf Selbstbestimmung der Völker**

Der erste Kongress fand vom 27. April bis zum 1. Mai 1915 in Den Haag statt, wenige Monate nach Beginn des Ersten Weltkrieges. Die zwei wichtigsten Themen waren die Gleichberechtigung der Frau und die gewaltlose Schlichtung von internationalen Konflikten.<sup>42</sup> Mit dem Ziel, Lösungsansätze für die beiden Themen zu finden, kamen 1136 Frauen aus 12 Nationen in Den Haag zusammen.<sup>43</sup> Der Kongress verurteilte den Krieg in 20 Resolutionen und forderte unter anderem die Beendigung des Krieges, den Schutz vor geschlechterspezifischer Gewalt im Krieg und das Wahlrecht für Frauen. Weitere Themen umfassten die Anerkennung und Bezahlung von Erziehung als Arbeit sowie das Selbstbestimmungsrecht der Völker.<sup>44</sup> Damit nahm die WILPF wahrscheinlich auf die deutsche Besetzung Belgiens und die Unabhängigkeitsbestrebungen Polens und Finnlands Bezug.<sup>45</sup>

<sup>39</sup> Rupp 2020, 73.; Sandell 2015, 10–15.

<sup>40</sup> Rupp 1996, 10.

<sup>41</sup> Sandell 2015, 10–15.

<sup>42</sup> Internationales Frauenkomitee für Dauernden Frieden 1915, 44.

<sup>43</sup> Wilmers 2008, 37.

<sup>44</sup> Siehe die Resolutionen des Kongress: Internationales Frauenkomitee für Dauernden Frieden 1915, 46–53.

<sup>45</sup> Wilmers 2008, 44.; Leszczawski–Schwerk, Angélique. „Zwischen Frieden und Krieg?“ *Ariadne: Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte* 66 (2014): 6–14, hier 7.

In der Debatte um *Transference of Territory* schlug Zofia Daszynska-Golinska, Vertreterin der polnischen Sektion, eine internationale Institution vor, die bei einem Konflikt zwischen zwei Staaten einschreiten und vermitteln sollte. Daszynska-Golinska führte aus, dass ihr Vorschlag sich gegen den „Imperialismus aus Osten und Westen“ stelle, denn jener sei schuld am Krieg.<sup>46</sup> Sie wies darauf hin, dass ihr Land unter den imperialistischen Mächten Preußen, Russland und Österreich-Ungarn aufgeteilt war und betonte, dass Frieden an sich noch keine Freiheit bringe, sondern, dass das „Recht auf Selbstbestimmung für jedes Volk [...] die erste Unterlage des Weltfriedens“ sei.<sup>47</sup> Ihr Vorschlag wurde angenommen und findet sich in den Resolutionen wieder, die einen neuen internationalen Schiedsgerichtshof neben dem Haager Schiedsgericht und das Recht auf Selbstbestimmung der Völker vorsahen.

Es war dann die Niederländerin E. Bergsma, die forderte, das Selbstbestimmungsrecht auch den Kolonien zuzusprechen. Sie fragte: „Now we are talking about the population whose opinion must be asked before they are ceded to another nation. I want to ask whether you are ready to extend this also to the colonies“.<sup>48</sup> Ihr Anliegen wurde von Jane Addams ohne eine ausführliche Begründung abgelehnt.<sup>49</sup> Die Resolution um die Selbstbestimmung wurde ohne die Einbeziehung der Kolonien verabschiedet. Stattdessen wurde in der Resolution „Handel und Kapitalanlagen“ gefordert, dass in den Kolonien und Protektoraten die Handelsfreiheit gelten sollte.<sup>50</sup>

Damit blieb die Rechtmäßigkeit kolonialer Herrschaft unangetastet. Die WILPF erklärte sich lediglich für kleinere Änderungen innerhalb des bestehenden Systems bereit. Das Thema Kolonien wurde auf dem ersten Kongress nicht ausführlich behandelt, – dies änderte sich jedoch mit dem zweiten Kongress.

### *Das Mandatssystem*

Vom 12. bis 17. Mai 1919 hielt die WILPF ihren zweiten Kongress in Zürich ab. Die Terminwahl fiel bewusst mit den Friedensverhandlungen in Paris zusammen, um so Einfluss auf die Konferenz zu nehmen.<sup>51</sup> Der Kontakt zu den Konferenzvertretern in Paris wurde per Telegramm gehalten, und eine Delegation der WILPF überbrachte anschließend persönlich ihre Resolutionen.<sup>52</sup> Unter anderem sandte der Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, der WILPF ein Telegramm, in dem er seine Ehrfurcht und Dank aussprach<sup>53</sup> – schließlich gab es Übereinstimmungen mit seinem 14-Punkte-Programm und

<sup>46</sup> Internationales Frauenkomitee für Dauernden Frieden 1915, 112.

<sup>47</sup> Ebd., 105.; Leszczawski–Schwerk 2014, 7–8, 11.

<sup>48</sup> Internationales Frauenkomitee für Dauernden Frieden 1915, 110.

<sup>49</sup> Ebd., 110.

<sup>50</sup> Ebd., 111.

<sup>51</sup> Rupp 1996, 29.

<sup>52</sup> Wilmers 2008, 70.

<sup>53</sup> Bericht des Internationalen Frauenkongresses 1919, 162.

die Idee zum Ständigen Internationalen Gerichtshof erhielt er durch die WILPF.<sup>54</sup> Über den Kontakt versuchte die WILPF die Verhandlungen der Pariser Friedenskonferenz in ihrem Interesse zu beeinflussen. Besonders der geplante Völkerbund stand im Fokus ihrer Forderungen.<sup>55</sup> So verlangte die *Resolution 10 a* vom Völkerbund: „Das Recht der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung soll allen Völkern eingeräumt werden“.<sup>56</sup> In der *Resolution 10 b* liest man aber:

„Alle rückständigen Rassen, die unter der Vormundschaft fortgeschrittener Nationen stehen, sollen dem Schutz des Völkerbundes unterstellt werden, und jede Macht, die mit ihrer Verwaltung durch den Völkerbund betraut wurde, soll verpflichtet sein, die Möglichkeit der Entwicklung ihrer Schützlinge zur Selbstverwaltung zu fördern [...]“.<sup>57</sup>

Die Resolution sah vor, dass der Völkerbund die Nationen, die als „rückständig“ definiert wurden, verwalten und durch Mandate an im Völkerbund vertretene Nationen verteilen sollte. Der Gedanke der WILPF war, einheitliche ‚Regelungen‘ für alle Kolonien zu schaffen.<sup>58</sup> Aufgabe der Mandat-tragenden Nationen wäre die Förderung der „Entwicklung“ der „rückständigen Rassen“. Im Umkehrschluss bedeutete jedoch dies, dass eine Nation ihr Selbstbestimmungsrecht erst dann erhalten würde, wenn sie vom Völkerbund als „zivilisiert“ eingestuft wurde.

Damit wurde die Vorstellung einer zweigeteilten Erde in eine ‚zivilisierte‘, ‚fortschrittliche‘ und selbstbestimmte Welt und in eine ‚rückständige‘, und ‚unzivilisierte‘ Welt, in der die koloniale Herrschaft nötig wäre, gerechtfertigt.<sup>59</sup> Somit sollten innerhalb der ersten Welt die Werte der WILPF „Frieden und Freiheit“ gelten, während die zweite Welt außerhalb dieser Prinzipien lag. Dieser Rassismus verwehrte einem Großteil der Nationen das Recht auf Selbstbestimmung und stellte einen Widerspruch zur *Resolution 10 a* dar. Auf demselben Kongress beschloss die WILPF zwar eine Resolution, die die Befürwortung von „Rassengleichheit“ in die Ziele der WILPF aufnahm.<sup>60</sup> Doch auch dies bildete scheinbar keinen Widerspruch, um von „rückständigen Rassen“ und „fortgeschrittenen Nationen“ zu sprechen.<sup>61</sup> Beide Resolutionen konnten nebeneinanderstehen, ohne einen Widerspruch in der offiziellen Stellung der WILPF hervorzurufen. Die Argumentationsstruktur der ‚Zivilisationsmission‘ war dabei eine für die Zeit typische Rechtfertigung des Kolonialismus. Sie zielte darauf ab, Nationen und Menschen für ‚rückständig‘ zu erklären

<sup>54</sup> Hering/Wenzel 1986, 29–30.

<sup>55</sup> Ausführlicher ebd., 23–28; 32f.; Rupp 2020, 29.

<sup>56</sup> Bericht des Internationalen Frauenkongresses 1919, 348.

<sup>57</sup> Ebd., 349.

<sup>58</sup> Hellowell 2017, 237.

<sup>59</sup> Die Idee einer zweigeteilten Welt in eine „innere“ und „äußere“ Welt wurde Sven Beckert und Leila J. Rupp entnommen; Beckert, Sven. *King Cotton*. München: C.H.Beck, 2014.; Rupp 1996.

<sup>60</sup> Bericht des Internationalen Frauenkongresses 1919, 357.

<sup>61</sup> Ebd., 349.

und rechtfertigte die Kolonialisierung mit der angeblichen ‚Zivilisierung‘.<sup>62</sup> Im Diskurs Anfang des 20. Jahrhunderts war diese Ansicht mit den Idealen der Menschenrechte und der Freiheit vereinbar, und sie zog sich auch durch liberale Sichtweisen,<sup>63</sup> einschließlich der WILPF. Hierzu argumentiert die Historikerin Sarah Hellawell in Bezug auf die WILPF, dass die Vorstellung, dass Kolonien notwendig wären, mit der Annahme einherging, dass die Werte Freiheit und Gleichheit ‚westliche‘ wären und nur durch die Kolonialisierung verbreitet werden könnten, womit der Kolonialismus seine Rechtfertigung erhielt.<sup>64</sup>

### *Kritische Stimmen*

Eine Nation, für dessen Selbstbestimmung sich die WILPF 1921 auf dem dritten Kongress einsetzte, war Irland.<sup>65</sup> Der historische Kontext war der irische Unabhängigkeitskrieg von 1919 bis 1921, der die Trennung Nord- und Südirlands zur Folge hatte und Südirland den Status eines Dominions zukommen ließ, also einem selbstverwalteten Territorium, das aber Teil des britischen Empire blieb.<sup>66</sup> In diesem Kontext wurde 1921 auf dem dritten Kongress die Unabhängigkeit (offenbar ganz) Irlands gefordert, mit der Argumentation, dass die Unabhängigkeit von „vital importance to the civilized world in-as-much as peaceful international relations cannot be until the principles of self-determination and government by consent are universally accepted“ sei.<sup>67</sup> Katherine Frances Melland, Vertreterin der englischen Sektion, fügte dem hinzu, dass es bei der Frage nicht nur um das heutige Irland, sondern um die generelle Unterdrückung nationaler Unabhängigkeitsbestrebungen ginge. Sie befürchtete, dass diese Unterdrückung in Zukunft auch in Indien, Ägypten und anderen Staaten Anwendung finden würde.<sup>68</sup>

Zu einem späteren Zeitpunkt des Kongresses schlug die Schwedin Anna Lindhagen eine Resolution vor, die das Selbstbestimmungsrecht für alle Nationen vorsah. Die letzten Endes verabschiedete Resolution zählte aber nur Irland, Armenien, Georgien, die Ukraine, Indien und Ägypten auf,<sup>69</sup> während die Kolonien in Afrika (außer Ägypten), Süd- und Mittelamerika, Asien (außer Indien) und Ozeanien nicht in die Liste aufgenommen wurden.

<sup>62</sup> Mückler, Hermann. *Kolonialismus in Ozeanien*. Kompendium Kulturgeschichte Ozeaniens, Bd. 3. Wien: Facultas, 2011, 47–50.

<sup>63</sup> Eckert, Andreas. „Rechtfertigung und Legitimation von Kolonialismus“. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 23. Oktober 2012. [<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/146975/rechtfertigung-und-legitimation-von-kolonialismus/>, letzter Zugriff: 30. August 2025].

<sup>64</sup> Hellawell 2017, 238.

<sup>65</sup> Report of the Third International Congress of Women, Vienna, July 10–17, 1921, 89. [<https://archive.org/details/reportofthirdint00womerich>, letzter Zugriff: 30. August 2025].

<sup>66</sup> Kenny, Kevin. „Die erste britische Kolonie“. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 17. März 2023. [<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/vereinigtes-koenigreich-2023/519171/die-erste-britische-kolonie/>, letzter Zugriff: 30. August 2025].

<sup>67</sup> Report of the Third International Congress of Women 1921, 89.

<sup>68</sup> Ebd., 90.

<sup>69</sup> Ebd., 137.

Stimmen gegen den Kolonialismus gab es nur vereinzelt, wie die von Bergsma, Melland und Lindhagen. Die US-amerikanische Bürgerrechtlerin Mary Church Terrell und Gründerin der *National Association for the Advancement of coloured People*,<sup>70</sup> hielt darüber hinaus eine Rede auf dem zweiten Kongress, in der sie erklärte: „Die Theorie, dass einzelne Rassen von Natur minderwertig seien, ist längst nicht mehr als stichhaltig anerkannt“ und forderte den Kongress auf, auch die Menschen in Afrika zu beachten, da ohne die Beendigung der Unterdrückung in Afrika kein Frieden möglich sei.<sup>71</sup> Vor ihrer Rede war Terrell von Mitgliedern der US-amerikanischen Sektion aufgefordert worden, nicht über das „race problem“ zu sprechen – Terrell tat es trotzdem.<sup>72</sup> Denn mit ihrer Rede sprach Terrell den Punkt an, dass der Kolonialismus grundsätzlich ein unfreies System sei und innerhalb dessen die Ziele der WILPF „Frieden und Freiheit“ nicht zu erreichen seien. Damit setzte Terrells Kritik grundlegend am kolonialen System an und erkannte den Widerspruch in der Positionierung der WILPF. Die Historikerin Blackwell-Johnson argumentiert, dass für Schwarze Mitglieder der WILPF „Frieden und Freiheit“ mehr bedeutete als nur das Erreichen von Frieden und das Beenden des Kolonialismus. Ihnen ging es ebenso um die Befreiung von rassistischen sowie menschenverachtender Unterdrückung und vertraten daher die Überzeugung, dass ein wirklicher Frieden nur möglich sei, wenn auch diese Freiheiten vorhanden seien.<sup>73</sup>

Zusammengefasst blieb die Rechtfertigung des kolonialen Herrschaftsverhältnisses weitgehend unangetastet. Die Kritik an einzelnen kolonialen Herrschaften entstand aus der Überzeugung, dass es ein Selbstbestimmungsrecht der Völker gebe. Ob einer Nation die Selbstbestimmung zugesprochen wurde, hing jedoch von der ‚Zivilisationsstufe‘ ab, die die WILPF der Nation zusprach. Damit wurde das koloniale Herrschaftssystem nicht grundsätzlich hinterfragt. Die wenigen Mitglieder, die sich gegen den Kolonialismus aussprachen, waren in der Minderheit. Ihre Forderungen fanden auf den ersten drei Kongressen wenig bis keinen Einfluss auf die offizielle Positionierung der WILPF.

### **Kolonialismus und wirtschaftlicher Imperialismus als Ursache von Krieg**

Mit der Interpretation, dass der wirtschaftliche Imperialismus die Ursache des Ersten Weltkriegs gewesen sei, änderte sich die Positionierung der WILPF in den 20er Jahren. Während der erste Kongress hauptsächlich eine Plattform des Protestes war, waren die späteren Kongresse interessiert, Gründe für Kriege ausfindig zu machen und Strategien gegen sie zu

<sup>70</sup> Beers 2021, 116.

<sup>71</sup> Bericht des Internationalen Frauenkongresses 1919, 212–217.

<sup>72</sup> Blackwell 2004, 34–35.

<sup>73</sup> Blackwell-Johnson, Joyce. „Peace Without Freedom is Not an Option: Race and the Women’s International League for Peace and Freedom, 1914–1945”, in: *Living War, Thinking Peace (1914–1924): Women’s Experiences, Feminist Thought, and International Relations*, ed. Bianchi, Bruna, und Geraldine Ludbrook, 239–263. Cambridge: Cambridge Scholars Publishing, 2016, 262.

entwickeln, so die Historikerin Annika Wilmers.<sup>74</sup> Der vierte Kongress in Washington DC 1924 stand daher unter dem Motto „A New International Order“.<sup>75</sup> In ihrem Vortrag *Economic Aspects of a New International Order* bezog sich Marguerite Dumont auf den Ökonomen M. Francis Delaisi und analysierte die Ursachen des Ersten Weltkrieges folgendermaßen: Krieg würde durch das Handeln von Kapitalisten entstehen, die international operieren, aber mit nationalen Interessen wirtschaften und so Konflikte produzieren. Als Beispiel nannte sie den Konflikt um Öl und Stahl, der von „super-state[s]“ wie den USA, England, Frankreich und Deutschland geführt würde. Dieser wirtschaftliche Konkurrenzkampf um Rohstoffe wäre als Kriegswaffe zu verstehen und würde nationale Konkurrenz und somit Krieg auslösen.<sup>76</sup> Emily Greene Balch, Vertreterin der US-amerikanischen Sektion und Friedensnobelpreisträgerin von 1946,<sup>77</sup> fasste den Gedanken auf dem Kongress so zusammen: „It is the alliance of nationalistic politics and profit-seeking business, both based on a belief in war, which is our ruin.“, und sah den einzigen Ausweg gegen den ökonomischen Imperialismus in einer internationalen Kooperation,<sup>78</sup> allerdings blieb unklar, wie eine solche Zusammenarbeit konkret aussehen sollte.

Aus den Diskussionen folgte eine Kritik, die den Imperialismus als Kriegsgrund verurteilte.<sup>79</sup> Damit kam die WILPF ihrer pazifistischen Haltung nach, alle Ursachen des Krieges zu hinterfragen und zu bekämpfen. Auffällig ist jedoch, dass in den Erklärungen zur neuen „international order“ und den Resolutionen keine Kritik am Imperialismus und Kolonialismus auftauchte.<sup>80</sup>

Nur Josefa Llanes Escoda, Gästin des Kongresses, philippinische Studentin in den USA und im Zweiten Weltkrieg als Friedensaktivistin bekannt,<sup>81</sup> sprach auf der Abendveranstaltung über die direkten Auswirkungen des Imperialismus in den ausgebeuteten Nationen. Sie erläuterte:

„[...] we may classify Korea and Central America with the Philippine Islands. Although Central America and Korea are politically independent, owing to the paramount interest of foreign capitalists, like the Philippines they are not free“.<sup>82</sup>

Mit ihrer Aussage bezog Llanes sich auf die Besetzung der Philippinen durch die USA ab 1898, die laut dem Historiker Hermann Mückler, als eine „de facto amerikanische

<sup>74</sup> Wilmers 2008, 71.

<sup>75</sup> Hering/Wenzel 1986, 41.

<sup>76</sup> Report of the fourth congress 1924, 67–71.

<sup>77</sup> The Nobel Prize. “The Nobel Peace Prize 1946” [<https://www.nobelprize.org/prizes/peace/1946/summary/>, letzter Zugriff: 30. August 2025].

<sup>78</sup> Report of the fourth congress 1924, 77.

<sup>79</sup> Hering/Wenzel 1986, 42.

<sup>80</sup> Siehe Resolutionen in: Report of the fourth congress, 1924.

<sup>81</sup> Ealdama, Yolanda. „Llanes Escoda, Josefa“. In *Encyclopedia of Social Work*, 2021. [<https://doi.org/10.1093/acrefore/9780199975839.013.1524>], letzter Zugriff: 30. August 2025].

<sup>82</sup> Report of the fourth congress 1924, 119.

Kolonie“ zu verstehen sei.<sup>83</sup> Ähnlich wie Terrell betonte Llanes, dass der Imperialismus nicht nur eine Kriegsursache sei, sondern grundsätzlich ein unfreies System für die ausgebeuteten Nationen bedeutete und damit unvereinbar mit den Zielen der WILPF sei.

### *Der fünfte Kongress: Ein Wendepunkt?*

Trotz der Analyse, dass Imperialismus zwangsläufig zu Krieg führen würde, verfasste der vierte Kongress keine Resolutionen zu diesem Thema.<sup>84</sup> Erst auf dem fünften Kongress in Dublin 1926 wurde die *Commission on colonial and economic Imperialism* gegründet,<sup>85</sup> die zu einer intensiven Auseinandersetzung innerhalb der WILPF führte. Die Kommission setzte sich aus Mitgliedern der englischen, französischen und US-amerikanischen Sektionen zusammen.<sup>86</sup> Die Abwesenheit von Vertreterinnen aus Kolonien lässt sich darauf zurückführen, dass diese laut Satzung schlicht keine nationale Sektion gründen durften und so auch kein Mitglied sein konnten.<sup>87</sup> Darüber hinaus fand das Vortreffen der Kommission in Paris statt, was die Teilnahme auf wohlhabende Frauen beschränkte und insbesondere für Frauen aus den Kolonien eine zusätzliche Hürde darstellte.<sup>88</sup>

Die Ergebnisse der *Commission on colonial and economic Imperialism* wurden auf dem fünften Kongress 1926 in Dublin vorgestellt und diskutiert.<sup>89</sup> Einigkeit über die Positionierung zum Kolonialismus brachte die Kommission in der WILPF nur bedingt. Denn seit den 1920er Jahren und insbesondere kurz vor dem Kongress in Dublin waren Konflikte um ihre Position zur Kolonialpolitik deutlicher geworden.<sup>90</sup> Anita Augspurg, Vertreterin der deutschen Sektion, kritisierte in einem Artikel in der *Pax International* vom April 1926 kurz vor dem fünften Kongress, dass der Kongress in Washington jede Frage um die Gewaltlosigkeit umgangen hätte. Sie bemängelte, dass der Kongress die Themen Mandatssystem und Kolonien aus Diskussionen und Strategien zum Frieden ausgeblendet habe. Dabei sei die Betrachtung dieser Themen unerlässlich und die WILPF dürfe nicht mit ihrer Positionierung hinter dem des Völkerbundes stehen, so Augspurg.<sup>91</sup>

Der entscheidende Streitpunkt auf dem Kongress in Dublin 1926 war das Mandatssystem des Völkerbundes. Die Frage war, ob die WILPF sich für die Erhaltung oder die Reformierung des Mandatssystems aussprach. Im Kontext dieser Debatte war der 22. Artikel der Völkerbundsatzung entscheidend. Dieser sah Folgendes vor:

<sup>83</sup> Mückler 2011, 28, 208.

<sup>84</sup> Report of the fourth congress 1924, 137–140.

<sup>85</sup> Archiv der deutschen Frauenbewegung Kassel, Signatur 31435, „Report of the Fifth Congress of the Women’s International League for Peace and Freedom: Dublin, July 8 to 15, 1926“, 78–79.

<sup>86</sup> Siehe die Sprecherinnen aus dem Congress Program und die Einführung der Kommission; Report of the Fifth Congress 1926, 2–4, 78–79.

<sup>87</sup> Siehe Einleitung: *Struktur der Organisation*.

<sup>88</sup> Report of the Fifth Congress 1926, 78.; Sandell 2015, 9.

<sup>89</sup> Report of the Fifth Congress 1926, 78–108.

<sup>90</sup> Wilmers 2008, 308.

<sup>91</sup> *Pax International*, Ausgabe vom April 1926.

„[...] Völker [...], die noch nicht imstande sind, sich unter den besonders schwierigen Bedingungen der heutigen Welt selbst zu leiten, finden die nachstehenden Grundsätze Anwendung: Das Wohlergehen und die Entwicklung dieser Völker bilden eine heilige Aufgabe der Zivilisation, [...] Der beste Weg, diesen Grundsatz durch die Tat zu verwirklichen, ist die Übertragung der Vormundschaft über die Völker an die fortgeschrittenen Nationen, [...] Die Art des Mandats muß nach der Entwicklungsstufe des Volkes [...] verschieden sein“.<sup>92</sup>

Grundsätzlich kritisierte die Kommission den Kolonialismus und Imperialismus, da beides den Weltfrieden bedrohe. Dabei waren zwei Argumentationen ausschlaggebend: Erstens hätte das System einen Nationalismus geschaffen, der die Konkurrenz zwischen den Staaten erhöht hätte. Damit folgte die Kommission den Schlussfolgerungen des vorherigen Kongresses. Mit dem zweiten Argument brachten sie eine neue Vorstellung ein. Zweitens wäre das koloniale System bedroht durch Revolten und Kriege in den Kolonien gegen die Kolonialisten. Beides sei zu verhindern.<sup>93</sup>

Dieser Auffassung ging jede Rednerin nach. Nur in Bezug auf die Frage, mit welchem Vorgehen der Imperialismus zu bekämpfen sei, teilten sich die Meinungen in zwei Gruppen auf.

### *Gruppe der Reformistinnen*

Die erste Gruppe, die vorwiegend aus Französischen und Engländerinnen bestand,<sup>94</sup> betrachtete das Mandatssystem als Fortführung des Kolonialismus. Unter diesem System würden die Menschen weiterhin in ähnlichen Bedingungen wie zuvor leben. Stattdessen sollte das System reformiert werden und eine ‚effizientere‘ internationale Überwachung eingesetzt werden, die die Kolonien in die Selbstbestimmung übergeben sollte. Doch könne die Selbstbestimmung nicht für jede Kolonie gelten, denn „it involves great dangers and would be an unfortunate step backward for part of humanity“.<sup>95</sup> Andrée Jouve teilte die Kolonien in drei ‚Zivilisationsstufen‘ ein.<sup>96</sup> Für die letzte Kategorie von „Countries where the native races are plainly in a state of inferior civilization [...] particularly in Africa“ hilt sie die koloniale Herrschaft für notwendig.<sup>97</sup> Denn in diesen Ländern würden „perpetual wars, razzias, slave traffic, cannibalism“ existieren und Jouve argumentierte, dass der Europäer ‚Ordnung‘ geschaffen hätte.<sup>98</sup> Sie fügte aber auch hinzu:

<sup>92</sup> Schmücking, Walter/Wehberg, Hans. *Die Satzung des Völkerbundes*, Berlin: Franz Vahlen 1924, 683.

<sup>93</sup> Report of the Fifth Congress 1926, 79–81.

<sup>94</sup> Ebd. 79, 86, 100.

<sup>95</sup> Ebd., 82.

<sup>96</sup> Siehe Einleitung und Report of the Fifth Congress 1926, 82–83.

<sup>97</sup> Ebd., 83.

<sup>98</sup> In der Quelle steht: „Nevertheless it remains true that the Europeans have imposed a kind of order superior to the savage anarchy.“ Report of the Fifth Congress, 1926, 83.

„this [colonial] order is paid for by abuses which we, in every country, may remember with shame. Our respective colonial histories are full of traffic in slaves, alcohol and opium, prostitution organized by the colonists refined torture and unjust vengeance“.<sup>99</sup>

Um diesem ‚Missbrauch‘ etwas entgegenzusetzen, forderte Jouve, die Durchsetzung einer ‚effektiveren‘ Überwachung der Nationalstaaten durch einen (reformierten) „universal and impartial“ Völkerbund.<sup>100</sup>

Aus Sicht der ‚Reformistinnen‘ war der Kolonialismus eine Kriegsursache und ein System des ‚Missbrauches‘, das grundsätzlich abzulehnen sei. Dennoch sollte der Prozess der Selbstbestimmung nicht sofort, sondern in einem reformierten Mandatssystem stattfinden, welches die Kolonien, in einem unbestimmten Zeitraum, in die Selbstbestimmung ‚begleiten‘ sollte. Denn es bestand zu einem eine unbestimmte Angst vor den Folgen einer sofortigen Selbstbestimmung. Zum anderen wurde der Kolonialismus weiter als ‚Zivilisationsprojekt‘ verstanden. Die Erwähnung des Sklavenhandels war im damaligen Kolonialdiskurs zudem eine häufige Rechtfertigungsstrategie des Kolonialismus. Sie stilisierte den Kolonialismus als ‚humanitäre Rettung‘, die angeblich dazu beitrage, den Sklavenhandel zu bekämpfen.<sup>101</sup> Für einige Kolonien wäre demnach die koloniale Herrschaft gerechtfertigt.

### *Gruppe der Befürworterinnen*

Die zweite Gruppe, um Emily Balch, befürwortete das Mandatssystem des Völkerbundes. Wie ihre Vorrednerinnen argumentierte Balch, dass die Menschheit in unterschiedliche „stages of development“ einzuteilen wäre. Es gäbe einerseits Kolonialstaaten und andererseits Menschen, die von den Kolonialstaaten abhängig wären.<sup>102</sup> Kolonialstaaten wären die USA und das Vereinigte Königreich, die abhängigen Menschen wären vor allem auf dem afrikanischen Kontinent zu finden. Balch räumte ein, dass die Kolonialisierung negative Aspekte hätte, wie die wirtschaftliche Ausnutzung, aber auch gute Seiten, wie die Christianisierung und die Verbesserung der Lebensqualität.<sup>103</sup> Ein Ende des Kontaktes zu den Kolonien hielt sie für nicht realisierbar. Denn Balch charakterisierte die „natives“ als politisch unfähig und behauptete, dass ihre Regierungen nicht in der Lage seien, politische Entscheidungen wie die USA oder das Vereinigte Königreich zu treffen. Als Lösung zog Balch das Mandatssystem als geeignetes Mittel in Betracht. Das Mandatssystem würde trotz der Aufgabe, die Kolonien an ‚fortgeschrittene Nationen‘ zu verteilen, sicherstellen, dass „a view on Independenz“ in Sicht wäre.<sup>104</sup> Wie dies zu erreichen wäre, wurde auch hier nicht

<sup>99</sup> Ebd., 83.

<sup>100</sup> Report of the Fifth Congress 1926, 83–84.

<sup>101</sup> Eckert 2012.

<sup>102</sup> Report of the Fifth Congress 1926, 93.

<sup>103</sup> Ebd., 93–94.

<sup>104</sup> Ebd., 92–95.

erklärt. Mit der Argumentation sprach sich Balch für die Mandate aus und gegen die Meinung, das Mandatssystem wäre die Fortführung des Kolonialismus.

Die offizielle Stellungnahme und die Resolutionen kamen zu dem Ergebnis, dass Kolonialismus und Imperialismus zentrale Ursachen für zukünftige Kriege wären und daher abgelehnt werden müssten.<sup>105</sup> Die WILPF würde das Prinzip der kolonialen Unterdrückung und das Mandatssystem ablehnen, formulierte aber diese Einschränkung:

„[...] in view of the fact that colonies do exist, proposes the following safeguards: [...] That the Mandatory system should be revised so as to protect natives from oppression, its declared objects sincerely applied and that the standard set up in the League Covenant for Mandatory States should be extended to all Colonies“.<sup>106</sup>

In Ergänzung dazu wurden Verbesserungen für das Mandatssystem vorgeschlagen, wie das Verbot von Zwangsarbeit, Verbot der Prostitution und das Recht auf Pressefreiheit in den Kolonien.<sup>107</sup> Das Mandatssystem wurde trotz der Kritik weiter als Mittel für das ‚koloniale Problem‘ verwendet. Die Widersprüchlichkeit aus dem Grundsatz, Kolonialismus und Imperialismus würden die Ursachen des Krieges sein und dem Argument, Kolonien würden existieren und könnten nicht sofort beendet werden, führte zu dem ‚Kompromiss‘, die Regeln des Mandatssystems nur zu verschärfen. Neu an der offiziellen Kritik war die Feststellung, dass Kolonialismus ein System des Missbrauchs und der Gewalt sei.

Wie bereits auf den ersten Kongressen blieb die Frage um die Selbstbestimmung der Völker an die Vorstellung von ‚Zivilisationsstufen‘ gekoppelt. Teilweise wurde der Widerspruch zwischen den Zielen „Frieden und Freiheit“ und dem Kolonialismus von Mitgliedern hervorgehoben, aber nur bei sogenannten ‚zivilisierten Kolonien‘. Die Vorstellung einer Zweiteilung der Erde blieb bestehen: In eine Welt, in der die Werte der WILPF „Frieden und Freiheit“ gelten sollten und eine ‚andere‘ Welt, in der Kolonien gerechtfertigt oder als ‚Zivilisationsbringer‘ sogar erwünscht waren. Der rassistische Evolutionismus war eine Kontinuität in den Argumentationen der WILPF und rechtfertigte aus ihrer Sicht den Kolonialismus.

Während die WILPF den Kolonialismus und Imperialismus im Allgemeinen kritisierte, das Mandatssystem aber weiter verteidigte, wurde der Imperialismus von faschistischen Regierungen hingegen explizit als ungerechtfertigt erklärt. Diese Unterscheidung brachte die WILPF in Erklärungsnot.

<sup>105</sup> Report of the Fifth Congress 1926, 106.

<sup>106</sup> Ebd., 106.

<sup>107</sup> Ebd., 106–107.

## Der Faschismus und die WILPF

Spätestens mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler wurde der Faschismus zum zentralen Thema in der WILPF. Jedoch sahen sich insbesondere die italienische und deutsche Sektion bereits seit 1921 mit rechten und faschistischen Gruppen konfrontiert, die Veranstaltungen gewaltsam störten oder sprengten und gezielte Hetzkampagnen gegen die Pazifistinnen organisierten.<sup>108</sup> 1932 wurde dann die italienische Sektion verboten, die fortan im Exil in Frankreich arbeitete.<sup>109</sup> Ein Jahr später, 1933, folgte das Verbot der deutschen Sektion. Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann emigrierten daraufhin in die Schweiz, wo sie versuchten, die deutsche Sektion aus dem Exil heraus wieder aufzubauen.<sup>110</sup> Breite Aufmerksamkeit von der gesamten WILPF hielt der Faschismus jedoch erst in den 1930er Jahren, ausgelöst durch Hitlers Machtübernahme und dem Verbot der italienischen und deutschen Sektion.<sup>111</sup>

### *Antifaschistische Haltung*

Die WILPF positionierte sich nicht nur gegen den Faschismus, weil die faschistischen Regierungen gegen die Arbeit der WILPF vorgingen. Ihre Kritik am Faschismus kam insbesondere aus ihren pazifistischen Grundsätzen. Eine anonyme Verfasserin schrieb in der *Pax International* im Dezember 1933:

„The Women’s International League is a non-party organization. In such times as the present it should be the intermediary in bringing together all forces which are opposed to violence. No sacrifice is too great to achieve this – in comparison with the enormity of the danger which threatens us all. In giving in to Fascism, one robs oneself of freedom. In giving in to Fascism one allows oneself to be driven, hands bound, mouth gagged, into the next holocaust. Women arise: against Fascism and against War!“<sup>112</sup>

Unter dem Artikel wurde dazu aufgerufen, sich mit allen antifaschistischen Kräften zu verbinden.<sup>113</sup> Diese Entscheidung wurde im Mai 1934 vom internationalen Exekutivkomitee in milderer Art noch einmal bestätigt.<sup>114</sup> Daraufhin trat die WILPF Koalitionen bei, die mehrheitlich kommunistisch geprägt waren.<sup>115</sup> Dies war ein bedeutender Schritt, der durch mehrere Faktoren erleichtert wurde: Zu einem waren in den ersten Jahren der WILPF mehrere Mitglieder auch in kommunistischen und sozialistischen Parteien und Organisationen

<sup>108</sup> Henke, Christiane. *Anita Augspurg*. Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag, 2000, 115–123; Suriano 2016, 196–200.

<sup>109</sup> Report Of The Seventh Congress 1932, 30.

<sup>110</sup> Hering/Wenzel 1986, 14; Henke 2000, 130.

<sup>111</sup> Suriano 2016, 200.

<sup>112</sup> *Pax International*, Ausgabe vom Dezember 1933.

<sup>113</sup> Ebd.

<sup>114</sup> *Pax International*, Ausgabe vom Mai 1934.

<sup>115</sup> Rupp 2020, 33; Beers 2021, 117–129; Hellowell 2017, 65, 270–280.

aktiv gewesen und prominente Mitglieder wie Augspurg, Balch und Baer bezeichneten sich als Sozialistinnen. Zudem nahm die WILPF in den 20er Jahren repräsentativ an Veranstaltungen von kommunistischen Organisationen teil. Die Historikerin Laura Beers sieht in diesen bestehenden und ehemaligen Verbindungen den Grund, warum der WILPF solche Kooperationen relativ leichtfielen.<sup>116</sup> Zugleich war die WILPF stark bürgerlich-liberal geprägt, besonders ihre US-amerikanische Sektion und das internationale Exekutivkomitee waren eher dem konservativeren Teil innerhalb der WILPF zuzuordnen. Schließlich beschloss das internationale Exekutivkomitee im Mai 1934, sich mit Frauen aus verschiedenen politischen Lagern zu vereinen – jedoch ohne ausdrücklich die Begriffe „Sozialismus“ oder „Kommunismus“ zu verwenden.<sup>117</sup>

Der zentrale Kritikpunkt der WILPF am Faschismus war dessen Expansionspolitik, die auf einem übersteigerten Nationalismus beruhe. Diese Ideologie betrachtete Gewalt und Krieg als legitime Mittel, um ihre politischen Ziele zu erreichen.<sup>118</sup> Konkret verurteilte die WILPF 1931 die japanische Besetzung der Mandschurei durch Japan und arbeitete zusammen mit der japanischen Sektion und dem Völkerbund an einer Beendigung der Besetzung.<sup>119</sup> Im April 1933 kritisierte die WILPF zudem die antisemitischen Gesetze und die Hetze im nationalsozialistischen Deutschland.<sup>120</sup> Auch ächtete die WILPF im März und November 1935 den Krieg Italiens gegen das Kaiserreich Abessinien, heute Äthiopien, und warf dem Völkerbund vor, keine Gegenmaßnahmen gegen diese Kriege erhoben zu haben.<sup>121</sup>

Die WILPF verstand den Faschismus als eine Herrschaft, die ihre Politik durch Gewalt und Kriege sicherte. Daher stellte sich die WILPF aus ihren pazifistischen Grundsätzen heraus entschlossen gegen den Faschismus.<sup>122</sup>

Auffällig an der Kritik der WILPF am Faschismus war jedoch, dass die Kritik an Imperialismus und Kolonialismus der nicht-faschistischen Staaten abnahm. Quantitativ nahmen die Artikel in der *Pax International* ab 1933 zum Faschismus zu, während Veröffentlichungen zum Imperialismus und Kolonialismus kaum noch erschienen.<sup>123</sup> Auch inhaltlich konzentrierte sich die Kritik auf die Unrechtmäßigkeit des japanischen, italienischen und deutschen Kolonialismus.<sup>124</sup> So verfasste das internationale Exekutivkomitee 1936 eine Resolution, die festlegte:

<sup>116</sup> Beers 2021, 112, 119.

<sup>117</sup> Ebd. 125.

<sup>118</sup> Report Of The Sixth Congress 1929, 95–96.

<sup>119</sup> *Pax International*, Ausgabe vom November 1931.

<sup>120</sup> *Pax International*, Ausgabe vom Mai 1933.

<sup>121</sup> *Pax International*, Ausgabe vom März und November 1935.

<sup>122</sup> Rupp 2020, 30–33.

<sup>123</sup> Vergleiche die Ausgaben der *Pax International* im Zeitraum 1926–33 mit 1933–37.

<sup>124</sup> Report Of The Ninth Congress 1937, 55–85, 141–180.

„[...] no population shall be handed over as a colony to any government which bases itself on racial discrimination as being on that account unfitted to prepare a native population for self-government“.<sup>125</sup>

Die Resolution wurde eindeutig gegen die Expansion der faschistischen Staaten geschrieben. Wie das Zitat aber auch zeigt, wird das Prinzip einer Kolonie nicht grundsätzlich angezweifelt. Vielmehr macht es eine Unterscheidung zwischen Kolonialherrschaften auf, die entweder mit oder ohne „racial discrimination“ in den Kolonien herrschen würden. Zudem fasste die französische Sektion unter ähnlicher Begründung den Beschluss, sich gegen die Rückgabe von Kolonien an das nationalsozialistische Deutschland zu stellen, wegen dessen rassistischer Theorie.<sup>126</sup>

Dieser Widerspruch wurde bereits im Oktober 1933 vom internationalen Exekutivkomitee in der *Pax International* selbst erkannt:

„The W. I. L. P. F. considers that it would have no right to express its strong condemnation of the terrible outrages committed by the Fascist regimes if it did not express as strongly its condemnation of the cruel means of repression and arbitrary measures such as special tribunals, corporal punishments, ordinances embodied into laws, air bombing, etc., which are commonly used by the Colonial Powers, even those which claim to be real democracies, against extra-European countries subjected to their rule – Such as India, Indochina and others.“<sup>127</sup>

Damit stellte das Exekutivkomitee klar, dass eine Kritik am Faschismus nur dann möglich sei, wenn die Unterdrückung aller Kolonien anerkannt werde. Dieser Entschluss erhielt jedoch keine nachweisliche Resonanz oder Interaktion in der *Pax International* und es erfolgte zunächst kein Umdenken innerhalb der WILPF. So blieb der Kolonialismus der nicht-faschistischen Staaten weitgehend akzeptiert, während der Kolonialismus der faschistischen Staaten aufs Schärfste verurteilt wurde.

### *Die koloniale Frage auf dem neunten Kongress*

Auf dem neunten Kongress 1937 in Luhačovice wurde die Positionierung zum Kolonialismus neu diskutiert. Mittlerweile sprachen sich mehrere Mitglieder in der WILPF gegen den Kolonialismus und das Mandatssystem aus. Die deutsche Sektion hatte in ihrer Arbeit gegen neue Kolonien für Deutschland argumentiert,<sup>128</sup> und vertrat zusammen mit der französischen Sektion die Meinung,<sup>129</sup> das Mandatssystem wäre die Fortführung des Kolonialismus.<sup>130</sup> Zudem sprachen sich die tendenziell linken Sektionen von Frankreich,

<sup>125</sup> *Pax International*, Ausgabe vom Juni 1936.

<sup>126</sup> Report Of The Ninth Congress 1937, 156.

<sup>127</sup> *Pax International*, Ausgabe vom Oktober 1933.

<sup>128</sup> *Pax International*, Ausgabe vom Juni 1929.

<sup>129</sup> *Pax International*, Ausgabe vom Mai 1929.

<sup>130</sup> Report Of The Sixth Congress 1929, 140.

England, Österreich und Deutschland gegen das bestehende wirtschaftliche System der „exploitation, privilege and profits“ aus, da es die Umsetzung von „Frieden und Freiheit“ verhindere. Stattdessen bräuchte es eine soziale Transformation.<sup>131</sup> Inwiefern dieser Anspruch auch ein antikolonialistischer Gedanke war, ist nicht nachzuvollziehen. Doch vertraten diese Sektionen auch grundsätzlich antikolonialistische Haltungen.

Zudem entstanden in den 1930er Jahren vermehrt nationale Sektionen in Kolonien wie Tunesien, Indien und Ägypten. Besonders Mitglieder aus den besetzten Territorien und Kolonien brachten Kritik an der Vorstellung einer ‚zivilisatorischen Überlegenheit‘ ein und forderten die Beendigung des Kolonialismus.<sup>132</sup> Hamid Ali, Vertreterin der indischen Sektion, argumentierte, dass die ‚Zivilisationsmission‘ der europäischen Staaten falsch sei und die Zivilisation in Afrika oder Asien zwar anders wären, aber dasselbe Existenzrecht hätten wie die europäischen.<sup>133</sup>

Die Debatten zu Kolonien und Imperialismus wurden im Themenblock *Colonial Question* geführt. Grundsätzlich blieben die Argumentationen und Schlussfolgerungen die gleichen wie auf den Kongressen zu vor: Imperialismus und Kolonialismus würden zwar zu Krieg führen, aber das Herrschaftsverhältnis müsse akzeptiert werden. Zudem sollte der Völkerbund gestärkt werden, aber die Methoden – vor allem die Ausbeutung und Gewalt – geändert werden.<sup>134</sup> Zudem wurde der Forderung des nationalsozialistischen Deutschlands nach ‚Lebensraum‘ in einem Vortrag nachgegangen. Durch das Verrechnen der Bevölkerungszahlen mit der Fläche der jeweiligen Staaten wurde geprüft, ob die faschistischen Staaten mit ihrer Behauptung einer Überbevölkerung recht hätten. Das Ergebnis ergab keine feststellbare Überbevölkerung, wodurch die WILPF den faschistischen Imperialismus wieder mal als ungerechtfertigt abtun konnte.<sup>135</sup> Dieses Argument impliziert jedoch die Annahme, dass ein grundsätzliches Recht europäischer Staaten auf Kolonien bestände, sofern eine Überbevölkerung vorläge. Der Themenblock *Colonial Question* führte somit zu keinen neuen Erkenntnissen oder Positionierungen der WILPF.

Überraschend verkündete dann Katherine E. Innes, Vorsitzende der britischen Sektion, Mitglied im internationalen Exekutivkomitee und spätere Vize-Präsidentin der WILPF,<sup>136</sup>

„[d]ie Internationale Frauenliga [WILPF] unterstütz die in vielen Ländern ständig wachsende Ueberzeugung, dass das Kolonialsystem nicht mehr den modernen Rechtsideen entspricht, noch für die wirtschaftliche Existenz eines Landes nötig ist. Wir sollten für das Recht aller Nationen auf Selbstregierung eintreten.“<sup>137</sup>

<sup>131</sup> Direktes Quellenzitat aus Rupp 2020, 32; Beers 2021, 122–126.

<sup>132</sup> Sandell 2015, 87.

<sup>133</sup> Rupp 2020, 14–17.

<sup>134</sup> Report Of The Ninth Congress 1937, 65, 67.

<sup>135</sup> Ebd., 67–68.

<sup>136</sup> Beers 2021, 124–128.

<sup>137</sup> Report Of The Ninth Congress 1937, 82.

In diesem Sinne argumentierte Innes weiter, dass das „Recht aller Nationen auf Selbstbestimmung“ und somit einer neuen „Welt-Ordnung“ gegen das „nationale Chaos“ entgegenwirken sollte. Die Grundlage der angestrebten „Welt-Ordnung“ müsse Gerechtigkeit sein, welche nur mit der „Schaffung einer internationalen Ethik und der Annahme von moralischen Grundsätzen sowohl zwischen Staaten als auch zwischen den Einzelmenschen“ verwirklicht werden könne.<sup>138</sup> Um dieser Gerechtigkeit nachzukommen, müsste die WILPF sich gegen jeden Kolonialismus und Imperialismus aussprechen. Innes fügte auch hinzu, dass:

„[d]ie Ursachen der Unzufriedenheit unter den eingeborenen Völkern [...] [sollten] untersucht und behoben werden; dies wäre ein konkretes Mittel, um die faschistische Propaganda zu bekämpfen“.<sup>139</sup>

Diese Argumentation ähnelte der vom Oktober 1933: Der Faschismus könne nur verurteilt werden, wenn die Methoden der Kolonialisierung auch kritisiert würden. Dieser Bestimmung sollte jede nationale Sektion nachgehen.<sup>140</sup> Sie war wahrscheinlich Anordnung des internationalen Exekutivkomitees.<sup>141</sup> Die genaue Ursache für diesen Beschluss bleibt unklar, besonders im Vergleich der vorherigen Redebeiträge, die die Notwendigkeit des Kolonialismus betonten. Möglich wäre, dass das neue Mitgliederverhältnis im internationalen Exekutivkomitee eine Mehrheit gegen den Kolonialismus erzielte, da die US-amerikanische Sektion einen Sitz verlor und dafür die englische Sektion mit Innes einen Platz dazubekam.<sup>142</sup> Außerdem könnten die in der Kongressschrift veröffentlichten Reden ein nicht repräsentatives Meinungsbild abgegeben haben.

Schließlich geht aus Innes Erläuterungen hervor, dass die Ablehnung des Kolonialismus sowohl eine ethische Überlegung war, welche den Grundsatz von Gerechtigkeit und Gleichheit zwischen allen Menschen über den des kolonialen Herrschaftsverhältnisses stellte. Zum anderen wurde der Antikolonialismus als antifaschistische Maßnahme verstanden und als pazifistische Praktik gegen den Krieg gedacht.

### Fazit

Die Kritik am Kolonialismus innerhalb der WILPF entstand aus der Überzeugung, dass es ein Recht auf Selbstbestimmung der Völker gebe. Jedoch rechtfertigte die Konstruktion von ‚Zivilisation‘ und ‚Rassen‘ weiterhin den Kolonialismus mit der Argumentation, die

<sup>138</sup> Report Of The Ninth Congress 1937, 81.

<sup>139</sup> Ebd., 82–83.

<sup>140</sup> Ebd., 81.

<sup>141</sup> Dafür spricht, dass Innes Mitglied im internationalen Exekutiv Komitee war und in der *Pax International* die Artikel für die neuen Resolutionen schrieb, siehe *Pax International* November 1935.

<sup>142</sup> Siehe Table 3 bei Rupp 2020, 63–69.

Kolonialisierung würde ‚Zivilisation‘ bringen. Damit sah die WILPF das Selbstbestimmungsrecht nicht für jede Nation vor. Mit der Gründung des Völkerbundes positionierte die WILPF sich hinter dessen Mandatssystem. Auf späteren Kongressen wurde der Kolonialismus als Kriegsursache interpretiert, dennoch hielt die WILPF am Mandatssystem als Lösung fest. Statt eines grundsätzlichen Bruchs mit dem System wurde eine ‚effizientere‘ Überwachung der kolonialen Staaten gefordert. Die Mitglieder, die auf den ersten Kongressen darauf hingewiesen hatten, dass das Herrschaftsverhältnis den Menschen ihre Freiheit und somit ihren Frieden nahm, wurden nicht beachtet. Stattdessen wurde das Mandatssystem als eine Notwendigkeit bestätigt, um ‚Zivilisation‘ in der Welt zu etablieren. Die Vorstellung einer zweigeteilten Erde in eine ‚zivilisierte‘ Welt, in der Selbstbestimmung herrschen sollte und eine ‚unzivilisierte‘ Welt, die den Kolonialismus zwangsläufig bräuchte, wurde damit gerechtfertigt. Mit dem Erstarken des Faschismus erhielt die Kritik eine neue Ebene. Der Kolonialismus und Imperialismus der faschistischen Staaten wurde nicht mit dem anderer Staaten gleichgesetzt, sondern wurde gesondert kritisiert. Die WILPF war eine entschiedene Gegnerin des Faschismus und so entwickelte sie eine Kritik am Kolonialismus und Imperialismus der faschistischen Staaten, die diesem die Rechtmäßigkeit absprach, den anderer Staaten aber nicht. Dieser Widerspruch, zusammen mit ethischen Überlegungen sowie einer wachsenden Kritik am Überheblichkeitsdenken der ‚Zivilisationsmission‘, waren 1937 der Grund, dass sich die WILPF für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker aussprach.<sup>143</sup>

Diese Entwicklung zeigt, dass die Politik der WILPF sowohl von äußeren Faktoren wie dem Mandatssystem oder dem Faschismus, als auch durch das interne Verständnis von „Frieden und Freiheit“ beeinflusst war. Es waren insbesondere nicht-europäische Frauen, wie Mary Church Terrell oder Hamid Ali, die den Rassismus hinter dem Kolonialsystem und dem Überlegenheitsdenken der europäischen Frauen aufzeigten. Zudem brachten sie die Perspektive ein, dass Frieden an sich noch keine Freiheit bedeutete und forderten somit eine Erweiterung des Verständnisses von „Frieden“ und „Freiheit“.<sup>144</sup> Mit diesem erweiterten Verständnis war die WILPF in der Lage, den Kolonialismus und Imperialismus insgesamt als ungerecht zu verurteilen und ihre Werte auf die kolonisierte Welt auszudehnen. Ob jedoch die Zweiteilung der Erde in ‚zivilisiert‘ und ‚unzivilisiert‘ gänzlich aufgegeben wurde, bleibt fraglich und könnte Thema einer anderen Untersuchung sein.

Haben sich also Antikolonialismus und Pazifismus – wie anfangs hypothetisch formuliert – gegenseitig beeinflusst? Der Antikolonialismus der späteren WILPF war eindeutig aus der pazifistischen Haltung entstanden, die jede Ursache von Krieg und Gewalt verhindern wollte. Seine Anerkennung als eine pazifistische Praktik wurde jedoch lange durch die Vorstellung der Pazifistinnen abgehalten, dass der Völkerbund durch sein Mandatssystem vor allem Frieden schaffen könnte und die Unfreiheit in den Kolonien mit der

<sup>143</sup> Report Of The Ninth Congress 1937, 81.

<sup>144</sup> Sandell 2015, 98–99.; Blackwell–Johnson 2016, 262.

„Zivilisationsmission“ zu rechtfertigen wäre. Der Pazifismus wurde insofern beeinflusst, als die Probleme des Kolonialismus immer wieder Themen auf den Kongressen waren und die WILPF ihren Pazifismus, wenn auch schwerfällig, dem neuen Verständnis von „Frieden und Freiheit“ anpasste. So war die neue Interpretation des Ersten Weltkrieges und schließlich das Herausfordern des Überlegenheitsdenken der europäischen Frauen wichtige Erkenntnisse für einen Pazifismus, der damit in der Lage war, mehr als die „innere und westliche“ Welt zu fassen. Zudem wurde der Antikolonialismus als eine antifaschistische und pazifistische Maßnahme erkannt. Der Konflikt zwischen Antikolonialismus und Pazifismus veranlasste die WILPF daher, ihre Werte für die Gesamtheit der Menschheit zu öffnen.

An diesem geschichtlichen Beispiel zeigt sich, dass „Frieden“ und „Freiheit“ nicht fest definiert waren und es daher möglich war, unter diesen Zielen für den Kolonialismus zu argumentieren. Es brauchte das Herausfordern dieser Haltung durch nicht-europäische sowie europäische Frauen, um antikoloniale Sichtweisen mit einzubeziehen und eine Kritik an diesem unfreien und unfriedlichen Herrschaftsverhältnis zu etablieren.

## Bibliographie

### *Quellenverzeichnis*

- Archiv der deutschen Frauenbewegung Kassel, Signatur 31435. „Report of the Fifth Congress of The Women's International League for Peace and Freedom: Dublin; July 8 to 15, 1926“.
- Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW Kiel), Signatur X 3402 1919. „Bericht des Internationalen Frauenkongresses, Zürich 1919“.
- Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW Kiel), Signatur X 3402 6. 1929. „Report Of The Sixth Congress Of The Women's International League For Peace And Freedom, Prague 1929“.
- Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW Kiel), Signatur X 3402 7. 1932. „Report Of The Seventh Congress Of The Women's International League For Peace And Freedom, Grenoble 1932“.
- Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW Kiel), Signatur X 3402 9. 1937. „Report Of The Ninth Congress Of The Women's International League For Peace And Freedom, Luhacovice 1937“.
- Internationales Frauenkomitee für Dauernden Frieden. „Internationaler Frauenkongress, Bericht-Rapport-Report, Haag, 21. April – 1. Mai 1915“. [<https://archive.org/details/berichtrapportre45wome/page/n9/mode/2up>, letzter Zugriff: 30. August 2025].
- Pax International*, Januar 1926 bis Dezember 1937. [<https://lse-atom.arkivum.net/uklse-dl1pi01007>, letzter Zugriff: 30. August 2025].

- Report of the Third International Congress of Women, Vienna, July 10–17, 1921. [https://archive.org/details/reportofthirdint00womerich, letzter Zugriff: 30. August 2025].
- Report of the fourth congress of the Women's international league for peace and freedom, Washington, May 1 to 7, 1924. [https://archive.org/details/reportoffourthco24wo me/page/n5/mode/2up., letzter Zugriff: 30. August 2025].
- Schmücking, Walte und Hans Wehberg. Die Satzung des Völkerbundes, Berlin: Franz Vahlen 1924.
- Women's International League For Peace and Freedom. „RESOLUTIONS 8th Congress Zurich, Switzerland September 3 – 8, 1934.” [www.wilpf.org/wp-content/uploads/2012/09/WILPF\_triennial\_congress\_1934.pdf., letzter Zugriff: 30. August 2025].

### Literaturverzeichnis

- Beckert, Sven. *King Cotton*. München: C.H. Beck, 2014.
- Beers, Laura. „Bridging the Ideological Divide: Liberal and Socialist Collaboration in the Women's International League for Peace and Freedom, 1919–1945“. *Journal of Women's History* 33, 2 (2021): 111–135.
- Blackwell–Johnson, Joyce. „Peace Without Freedom is Not an Option: Race and the Women's International League for Peace and Freedom, 1914-1945”, in: *Living War, Thinking Peace (1914-1924): Women's Experiences, Feminist Thought, and International Relations*, hrsg. von Bruna Bianchi und Geraldine Ludbrook, 239–263. Cambridge: Cambridge Scholars Publishing, 2016.
- Blackwell, Joyce. *No Peace Without Freedom: Race and The Women's International League For Peace and Freedom 1915-1975*. Carbondale: Southern Illinois University Press, 2004.
- Ealdama, Yolanda. „Llanes Escoda, Josefa“. In *Encyclopedia of Social Work*, 2021. [https://oxfordre.com/socialwork/display/10.1093/acrefore/9780199975839.001.0001/acrefore-9780199975839-e-1524?rkey=BI1Ozn&result=1, letzter Zugriff: 30. August 2025].
- Eckert, Andreas. „Rechtfertigung und Legitimation von Kolonialismus“. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62 (2012): 17–22.
- Hellawell, Sarah. „Feminism, Pacifism and Internationalism: The Women's International League, 1915–1935”. Newcastle: Northumbria University, 2017.
- Henke, Christiane. *Anita Augspurg*. Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag, 2000.
- Hering, Sabine und Cornelia Wenzel. *Frauen riefen, aber man hörte sie nicht: die Rolle der deutschen Frauen in der internationalen Frauenfriedensbewegung zwischen 1892 und 1933*. Kassel: Archiv der deutschen Frauenbewegung, 1986.

- Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit Deutschland. „Geschichte“. [<https://www.wilpf.de/ueber-uns/geschichte/>, letzter Zugriff: 30. August 2025].
- Jerónimo, Miguel Bandeira. „Imperial Internationalisms’ in the 1920s: The Shaping of Colonial Affairs at the League of Nations“. *The Journal of Imperial and Commonwealth History* 48, 5 (2020): 866–891.
- Kenny, Kevin. „Die erste britische Kolonie. Irland und das Vereinigte Königreich“. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 73 (2023): 32–38.
- Leszczawski-Schwerk, Angélique. „Zwischen Frieden und Krieg?“ *Ariadne: Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte* 66 (2014): 6–14.
- Mückler, Hermann. *Kolonialismus in Ozeanien*. Kompendium Kulturgeschichte Ozeaniens, Bd. 3. Wien: Facultas, 2011.
- The Nobel Prize. „The Nobel Peace Prize 1931“. [<https://www.nobelprize.org/prizes/peace/1931/summary/>, letzter Zugriff: 30. August 2025].
- The Nobel Prize. „The Nobel Peace Prize 1946“. [<https://www.nobelprize.org/prizes/peace/1946/summary/>, letzter Zugriff: 30. August 2025]
- Rupp, Leila J. „Challenging Imperialism in International Women’s Organizations, 1888–1945“. *National Women’s Studies Association Journal* 8, 1 (1996): 8–27.
- Dies. *Worlds of Women: The Making of an International Women’s Movement*. Princeton, NJ: Princeton University Press, 2020.
- Dies. „Zur Organisationsgeschichte der internationalen Frauenbewegung vor dem Zweiten Weltkrieg“. *Feministische Studien* 12, 2 (1994): 53–65.
- Sandell, Marie. *The Rise of Women’s Transnational Activism: Identity and Sisterhood Between the World Wars*. London: I.B. Tauris, 2015.
- Suriano, Maria Grazia. „War, Peace, and Suffrage: The First Italian Section of the Women’s International League for Peace and Freedom“, in: *Living War, Thinking Peace (1914–1924): Women’s Experiences, Feminist Thought, and International Relations*, hrsg. v. Bruna Bianchi und Geraldine Ludbrook, 190–203. Cambridge: Cambridge Scholars Publishing, 2016.
- Wilmers, Annika. *Pazifismus in der internationalen Frauenbewegung*. Essen: Klartext, 2008.